

Januar

**ANARCHISTISCHE
MONATSSCHRIFT**

**HERAUSGEBER:
ERICH MÜHSAM**

INHALT:

Persönlichkeit, Autorität, Führer —

Sozialdemokratie u. Diktatur (v. H. W.

Gerhard) — Keine Mittel — Weiber

Schrecken — In der Abwehr — Karl

Henckell und Heinrich Zille — Die

Kämpfe in Palästina

NR. 12

**PREIS
40 Pfg.
(70 Gr.)**

JAHRGANG 3

BERLIN

September 1929

Lest die

„Freie sozialist. Jugend“ „Die Rote Spur“

Blätter und Stimmen der selbständigen
jungen Sozialisten.

Herausgegeben vom „Bund
freier sozialistisch. Jugend“

„Es gibt aber heute keinen fruchtbareren Dienst an der Gerechtigkeit in Europa, als an der Einigung des Sozialismus zu arbeiten. Und damit habe ich ausgesprochen, worin — wie ich die Dinge sehe — die besondere Aufgabe des Bundes freier sozialistischer Jugend besteht, und warum mir sein Dasein ein Grund zu großer Hoffnung ist.“

Kurt Hiller

Zu beziehen durch: HERBERT SCHUKALLA, Berlin - Schöneberg,
Eberstraße 91, Postscheckkonto Berlin 69841

Beide Zeitschriften
erscheinen monatlich.

Freie sozialistische Jugend Heft 25 Pfg.
Die Rote Spur Heft 20 Pfg.

Sieben gelangte zur Ausgabe die 12. bis 17. Auflage des Romans

L I E B E

von HELENE STÖCKER

Ladenpreis RM. 6.50 in Ganzleinen geb.

Der Kampf zwischen dem Persönlichkeitsbewußtsein der Frau und dem elementaren Triebe wird mit leidenschaftlicher Anteilnahme und mit genialer Einfühlung dargestellt. Eine einzigartige Ersehnung in der modern. Literatur. *Berl. Morgenzeitg.*

Eine wertvolle, unsere Kenntnisse der verborgenen Beziehungen zwischen Körper und Willen, zwischen Liebe und Leben des Weibes tief bereichernde Tat. *Berl. Volkszeitung*

. . . gehört zu den großen Merkwürdigkeiten der Literatur.

Das freie Volk

Bewundernswert ist die Vereinigung von Sinnesglut mit jener hohen Sittlichkeit, die es als unmöglich empfindet, den Mann nicht mehr zu lieben, an dem die Liebende zum Weibe und Menschen gereift ist.

Literarisches Echo

EROTIK UND ALTRUISMUS

von Helene Stöcker

Broschiert RM. 1.—

Helene Stöcker kämpft gegen die Unnatur und Verlogenheit des modernen Geschlechtslebens. Sie steht in ihrem Freimut und ihrer stolzen Wahrhaftigkeit beinahe unerreicht da. *Die schaffende Frau*

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den

Verlag
der Neuen
Generation,
Berlin
Nikolassee



VERKÖRDER UND VERWIRKLICHER

von Helene Stöcker

Preis geb. RM. 3.—, kart. RM. 2.—

Beiträge zum Gewaltproblem nebst einem zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlichten Briefe Tolstois.

F A N A L

ORGAN DER ANARCHISTISCHEN VEREINIGUNG
HERAUSGEBER ERICH MÜHSAM

Jahrgang 3

Nummer 12

September 1929

Erscheint monatlich. Preis: Einzelheft 40 Pf. Abonnement: halbjährlich Mk. 2,85 — jährlich Mk. 4,60. — Postscheck Berlin 82419. Bezug durch die Post, durch den Buch- und Straßenhandel und durch den Verlag. Zuschriften und Geldsendungen nur an den Herausgeber: ERICH MÜHSAM, Berlin-Britz, Dörchläuchtingstr. 48. Fernsprecher: F 2, Neukölln 8113.
Die nicht unterzeichneten Beiträge sind vom Herausgeber.

Persönlichkeit — Autorität — Führer

Die anarchistische Bewegung leidet unter keinem Uebelstand schlimmer als unter der Unklarheit und Mißverständlichkeit vieler ihrer Begriffsetzungen. In unsern eigenen Reihen begegnen wir häufig den wirklichkeitsfremdesten Auffassungen von den Grundsätzen, auf denen die Lehre von der gesellschaftlichen Freiheit beruht. Worte werden gehört, aufgenommen, wiedergegeben und unverarbeitet mit Gesinnung und Gedanken gleichgesetzt, Worte, die ihren Sinn nicht in sich selber tragen, sondern erst Sinn erhalten, wenn sie als Inhaltsbezeichnung durchdachter Vorstellungsreihen angewandt werden. Wir bekämpfen den Zentralismus und nennen uns Föderalisten, aber wenn plötzlich ein Marxist mit dem Einwand kommt, daß doch schon die Aufstellung eines Eisenbahnfahrplanes die zentrale Leitung der Verkehrsorganisation bedinge, dann kann man erleben, daß mancher Anarchist die Notwendigkeit solcher Zentralstelle um des Wortes willen abstreitet oder sich um den Beweis quält, daß ein organisierter Mittelpunkt gar keine Zentrale zu sein brauche oder gar selbst irre wird, ob denn der Föderalismus wirklich als Form der Zusammenfassung von Kräften vor der Wirklichkeit standhalte. Die einfache Antwort wäre, daß Föderation Bündnis bedeutet, Zusammenschluß von Menschen oder Einrichtungen nach dem Grundsatz der Organisation von unten nach oben, unmittelbare Verbindung und Selbstverantwortlichkeit der beteiligten Kräfte; daß mithin die zentrale Verwaltung eines einzelnen Zweiges der verbundenen Gruppen dem föderalistischen Grundgedanken erst dann widerspräche, wenn, wie das im Wesen des Staates liegt, sie sich zugleich zur Gebieterin über andere Gruppen machen und sich einer alle Verwaltungen obrigkeitlich überdachenden Zentralbürokratie unterstellen würde,

Die zentrale Bewirtschaftung bestimmter Einrichtungen ist noch lange kein Zentralismus, so wenig die selbständige Bewirtschaftung bestimmter Einrichtungen innerhalb eines bürokratisch gelenkten Regierungs- oder Parteiapparates Föderalismus ist. Das eine Beispiel jenes unsorgfältigen Denkens, das zur Verwirrung und zur Urteilslosigkeit in den entscheidenden Fragen des gesellschaftlichen Seins führt, kann durch ähnliche Gegenüberstellungen beliebig ergänzt werden. Es genüge hier, an die häufige Verwechslung der Begriffe Zwang und Gewalt mit Macht zu erinnern, die gewisse Anarchisten in ihrer Wortangst vor Machtentfaltung dazu verleitet, Zwangsmaßnahmen der Revolution für Preisgabe freiheitlicher Gesinnung zu halten und die fromme Duldung fremder Gewalt als Mittel zur Niederzwingung eigener Machtgelüste zu empfehlen. Wer aber Gewalt braucht, um Macht zu brechen, der übt zwar Zwang aus und läßt Macht fühlen, tut aber ganz etwas anderes als Macht aufzurichten. Alle Macht den Räten! bedeutet, die Räte als unmittelbare Organe der Arbeit sollen sich ihrer eigenen Angelegenheiten bemächtigen und hat nichts mit der Forderung zu tun, sie müßten Mächtige werden über andere Menschen.

Voller Widersprüche ist die Beurteilung des Führerproblems bei vielen anarchistischen Genossen. Auf der einen Seite wird die Würdigung persönlicher Eigenschaften in scharfem Gegensatz zur marxistischen Lehre, die alles Weltgeschehen aus objektiven Verhältnissen erklären will, zum erheblich mitbestimmenden Teil geschichtlichen Verständnisses erhoben; auf der andern Seite beherrscht die Furcht, autoritärem Personenkult zu verfallen, die Gemüter in einer Weise, daß individuelle Werte wie besondere Begabung auf organisatorischem oder propagandistischem Gebiet, hervorragende Tatkraft, kritischer Verstand, körperlicher Mut oder robustes Draufgängertum manchmal weniger gefördert als gehindert werden, sich unter Anarchisten zur Geltung zu bringen. Wo sich aber das Bedürfnis zur Selbständigkeit, das die große Tugend freiheitlicher Menschen ist, in Widerstand gegen die Initiative befähigter Kameraden umsetzt, da entsteht grade, was vermieden werden soll, nämlich Unterdrückung der Persönlichkeit, Unlust zur Tat, engherzige Beaufsichtigung der Aktivität durch die Passiven und Autorität der Schwäche.

Wir wenden uns gegen die Führerorganisationen des Proletariats, wir raten den Arbeitern: befreit euch von euren Führern!, aber wir wären Narren, wollten wir den Arbeitern damit sagen: hört auf keine Ratschläge! Mindestens geschähe uns recht, wenn auf diesen Ratschlag zu allererst nicht gehört würde. Der Kampf gegen das Führertum ist ein lächerlicher und gänzlich unfruchtbarer Kampf,

wenn der Begriff des Führertums, dem unser Angriff gilt, nicht klar umgrenzt wird. Denn oft genug hören wir ja von marxistischer Seite den Vorwurf, daß wir unsern eigenen Grundsätzen dauernd ins Gesicht schlagen, indem wir Personen an bevorzugten Stellen beschäftigten, Redakteure, Funktionäre aller Art, Redner, Versammlungsleiter und anderes mehr. Es ist schlechterdings unbestreitbar, daß die theoretischen und praktischen Lehrer der Anarchie, Bakunin, Proudhon, Kropotkin, Malatesta, Reclus als anarchistische Führer angesprochen werden können. Machno war ohne Zweifel Führer der anarchistischen Bauernerhebung in der Ukraine. Jeder von uns, der auch nur in einer Auseinandersetzung über Veranstaltungen oder Maßnahmen irgend welcher Art seine Meinung mit Gründen und Ueberredungskünsten durchzusetzen vermag, ist in gewissem Sinne als Führer zu bezeichnen, da er die Einsicht und den Willen der Genossen zu seinen Schlüssen und Entschlüssen führt. Hier deckt sich jedoch der Charakter des Führers vollständig mit dem der Persönlichkeit, und ein Führertum verneinen, das allein in der Wirksamkeit der geistigen und energetischen Kraft Ausdruck findet, heißt Persönlichkeitswerte überhaupt aus Kampfbewegungen ausschalten. Es gibt eine Art Führerschaft, die schon deshalb bejaht werden muß, weil sie gesellschaftlich bedingt ist und immer und überall wirkt, dessen Verneinung aus mißverständener Konsequenz also gar nichts ändern kann. Ein anarchistisches Musikorchester braucht so gut einen Dirigenten wie jedes andre, eine anarchistische Theatergruppe kann so wenig ohne Regisseur bestehen, wie sonst eine. Dennoch gibt es keinen wichtigeren Kampf freiheitlicher Menschen als den gegen das Führertum in den Arbeiterorganisationen, gegen das Führertum nämlich, das nichts mit Persönlichkeit zu tun hat, sondern mit dem Gegenteil davon, mit Zentralismus, Bürokratie und Obrigkeit.

Das zu bekämpfende Führertum ist das des Kasernenhofs und der Kirche oder, was dasselbe ist, das der Regierung, kurzum jedes Führertum, das mit Anspruch auf Disziplin und Subordination auftritt und diesen Anspruch nicht auf bewiesene Leistung und aus ihr gewonnenes Vertrauen gründet, sondern auf die Autorität, die das Amt dem Träger verleiht. Die Führer der marxistischen Parteien sind Führer in keinerlei geistigem Sinne; sie sind zu Vorgesetzten bestellt, — das ist alles. Die Führung, die sie ausüben, besteht in der Uebermittlung von Befehlen, die sie selbst von höheren Stellen empfangen haben und für deren richtige Durchführung sie kraft obrigkeitlicher Befugnisse sorgen. Persönlichkeit ist zu dieser Sorte Führerschaft nicht nur nicht erforderlich, sondern — unter nicht außerordentlichen Umständen — sogar störend und daher unzu-

lässig. Man sehe sich die Leiter der sozialdemokratischen oder kommunistischen Parteien an. Nirgends ein einziger Mensch, der jemals einen einzigen neuen Gedanken gefaßt, durchdacht und entwickelt hätte. Treue Hüter überkommener Lehren und Praktiken, daher niemals kritisch gegen sich selbst, überkritisch gegen andere, die nicht aller Weisheit letzten Schluß in den Evangelien geeichter Parteitraktätchen vollendet glauben. Katholisch sein heißt sich zur reinen und unabänderlichen Lehre bekennen und ihren Priestern Gehorsam schwören. Hat es je einen Katholizismus gegeben, dessen aufs Wort verpflichtete Priesterschaft eifernder den ketzerisch suchenden Geist verfolgte, als es heute die Führerschaft der bolschewistischen Partei tut? Hier gilt die Bibel des Karl Marx und das neue Testament N. Lenins. Vom heiligen Stuhl in Moskau kommen die Hirtenbriefe des Kardinalkollegiums und legen nach den jeweiligen weltlichen Bedürfnissen des unfehlbaren Papstes den Text der himmlischen Bücher aus. Und die Erzbischöfe und Weihbischöfe der europäischen Parteizentralen und die Prälaten und Domherren der politischen Büros und Bezirksleitungen geben die hohen Weisungen weiter an den Pfarrer und den Kooperator der engeren und engsten Gemeinde der Funktionärsitzung und der Straßenzellenversammlung, und der andächtige Parteigenosse empfängt die soeben in Moskau neu katechisierten Leitsätze und die frisch gebügelte Linie des patentiert richtigen Bolschewismus-Leninismus und weiß sich wohl geleitet von Führern, die nie vom rechten Wege irren können, da sie nie den Weg bestimmen noch bereiten, auf dem sie ihre Gefolgschaft zum Lichte führen.

Die Sozialdemokraten haben die reine Lehre längst vergessen; ihnen ist nicht mehr die Schrift heilig, sondern nur noch die Pfründe, die durch das Lippenbekenntnis zum Sozialismus innerhalb der Organisation oder durch den Einfluß der Organisation auf den Staat in dessen Verwaltungsmechanismus erlangbar ist. Hier ist Führertum und Beamtentum vollkommen eins geworden und je stumpfer, büttelhafter, bürokratischer, neuerungsfeindlicher und streberhafter der Beamte sich aufführt, um so geeigneter ist er zum Führer in der sozialdemokratischen Partei und den ihr wesensgleichen gewerkschaftlichen Zentralverbänden. Die Parteikommunisten verbieten Führern und Geführten das Denken und verlangen dafür Frömmigkeit im Glauben; die Sozialdemokraten aber verzichten auch auf den Glauben und verlangen nichts andres mehr als blinden Gehorsam und zwar unter jedwede machthabende Obrigkeit; sie verlangen Staatsgesinnung, das ist Anerkennung des geschriebenen Rechtes, hinter dem die Macht steht, und unter Führerschaft verstehen sie Bevollmächtigung zur Ausübung dieser Macht, Handhabung der Ge-

setze, wie sie auch beschaffen seien, zum Zwecke der Versorgung möglichst vieler ihrer Parteigänger auf öffentliche Kosten. In beiden, in allen Führerparteien ist die Führung losgelöst und organisch getrennt von den Geführten, in dem Maße, daß sich aus der proletarischen Führerschaft ein eigener, weit verzweigter bürgerlicher Beruf entwickeln konnte. Der junge Proletarier tritt in die Partei ein als Rekrut wie alle andern. Nicht sein Persönlichkeitswert, sondern im Gegenteil seine gute Einordnung in die Disziplin, sein Eifer, beim Stechschritt die Knie am besten durchzudrücken und zugleich aufzupassen, ob der Nebenmann die Beine richtig schmeißt, lenkt die Aufmerksamkeit des Unteroffiziers auf ihn; er kriegt die Knöpfe und entschließt sich, zu kapitulieren, d. h. beim proletarischen Kommiß zu bleiben, Berufssofdat der Partei oder der Gewerkschaft, Arbeiterführer zu werden. Den Marschallstab trägt er im Tornister, — brav Rekruten drillen und eines Tages kann auch aus ihm ein Ebert oder Noske, ein Müller oder Severing, ein Leipart oder Zörgiebel werden.

Die Marxisten sagen uns, Berufsführertum müsse sein. Eines Tages werde das Proletariat vor die Aufgabe gestellt sein, seine Sache in die eigenen Hände zu nehmen. Wer solle ihm dann helfen, das Richtige zu tun, wenn nicht diejenigen, die ihr Leben hindurch nichts anderes getan haben, als Wohl und Wehe der unterdrückten Klasse zu bedenken und die Stunde der Schicksalswende vorzubereiten? Dazu wird zu bemerken sein, daß für diese Führer die Beschäftigung mit der Vorbereitung der Revolution und des Sozialismus eben ein besoldetes Amt ist, und grade Marxisten, die auch die Moral der Menschen als abhängig von ökonomischen Umständen ausgeben, müßten bedenklich werden bei der Frage, ob ein Angestellter, der sein Brot mit der Vorbereitung der Revolution erwirbt, ernstlich wünschen wird, daß diese Revolution jemals aus dem Stadium der Vorbereitung herauskommen soll, wodurch seine materielle Existenz doch mindestens in Frage gestellt würde. Die Erfahrungen der Jahre 1918/19 mit den berufsmäßigen Führern der Sozialdemokratie könnten doch skeptisch stimmen. Wäre uns die Errichtung der sozialistischen Räterepublik in Deutschland gelungen, so wären die besoldeten Arbeiterführer gezwungen gewesen, sich wieder in den Produktionsprozeß einzuordnen. Sie zogen es vor, mit Hilfe der monarchistischen Landsknechte die revolutionäre Arbeiterschaft tozuschlagen.

Welcher Irrsinn liegt aber überhaupt in der Meinung, man könne Revolutionsführer Jahre und Jahrzehnte hindurch in Bereitschaft halten, man könne die Marats und Baboeufs, die Lenins und Karl Liebknachts zu Dutzenden und Hunderten züchten, die Begeisterung und Hitze in kühlen Zeiten im Ofen erzeugen und dann ins Rohr

stellen, bis der Tag sich erfüllt und die Kochkiste der revolutionären Leidenschaft ihre Zweckmäßigkeit bewährt! Nein, nicht Führer kann man für die Revolution vorbereiten, sondern nur die Revolution selbst kann man vorbereiten und zwar in den Massen, aus denen einmal die Revolution herausschlagen wird. Führer werden dann sicher da sein, aber keine armseligen Beamten, die die Phasen des Volkssturmes aus einer mitgebrachten Kartothek heraussortieren werden, sondern vom Sturme erfaßte, von der Glut emporgehobene, vom Geiste des Aufruhrs an die Spitze getragene Persönlichkeiten, Führer der einzigen Art, die immer berechtigt, immer notwendig, in Gefahr und Kampf immer vorhanden ist, Führer, die Bild und Seele der Geschichte selber sind, — Rädelsführer! In meiner Broschüre „Gerechtigkeit für Max Hoelz“ (1926, vergriffen) schrieb ich darüber:

„Es gibt eine Führerschaft, — und sie ist die einzige, die den Namen verdient —, die ohne alle Beratung und vorsichtige Erwägung von selbst entsteht, weil sie sich von selbst versteht. Die tätigsten Führer aller Revolutionen sind noch stets aus der Flut des Geschehens, dem sie dann Ausdruck und Richtung gaben, selbst emporgestiegen. Das in Bewegung geratene Meer der Volkswut wirft den besten Schwimmer auf dem schäumenden Kamm einer Woge nach oben, und seinem erhobenen Arm folgen Mut und Vertrauen schöpfend die in Sturm und Brandung kämpfenden Kameraden. Der wahre Führer wird nicht gesucht; er ist da. Ein Zweifel, daß er der Führer ist und sein muß, hat keine Stätte, bei ihm selbst so wenig wie bei seiner Gefolgschaft . . . Wer unter vielen, denen Begeisterung, Angst, Suggestion, plötzliches Geschehen oder wütende Aufregung die Hemmungen ausgeschaltet hat, die Nerven zu richtungweisenden Entschlüssen behält, ist . . . der „Rädelsführer“. Es ist immer der gleiche, der dem ins Wasser gefallenen Kind schon nachgesprungen ist, wenn das Publikum vor Schreck noch kaum begriffen hat, daß es ums Leben geht, und der die brennende Gardine längst heruntergerissen und das Feuer erdrückt hat, ehe die zeternde Hausfrau auf den Gedanken kommt, daß sie Minimax im Haus hat.“

Ebenso verkehrt wie die Auffassung, revolutionäre Führerschaft sei das Ergebnis bürokratischer Dressur, ist aber der Glaube, die einmal vollbrachte glückliche Leistung einer Persönlichkeit sei Bürgerschaft genug, sich in allen Lagen auf ihre Talente zu verlassen. Das führt zu dem übeln Primadonnenkult, der das Vertrauen der Menschen zur eigenen Kraft vernichtet und auf kurzen Umwegen in dieselbe Bahn des Autoritätsglaubens steuert, in der der deutschen

Arbeiterschaft von den beamteten Autoritäten der Mut zur Initiative gestohlen worden ist. Niemand ist darum Führer der künftigen Revolution, weil er sich früher als entschlossener Kämpfer benommen hat. Jeder muß sich in jeder neuen Lage neu bewähren und sich Liebe, Zutrauen und, wenn er dazu der Mann ist, Gefolgschaft seiner Kameraden neu erringen. Wer jedoch so ein Rädelsführer ist, von dessen Beispiel das Feuer übergreift in den Mut und die Kampf- freude seiner Gefährten, dem soll nicht nur die programmatische These des marxistischen Rechenkünstlers vom Leibe gehalten werden, mit der philiströse Pedanterie die Schwungkraft des entfesselten Genius lähmt, der sei auch vor dem nicht minder philiströsen Versuch geschützt, die Entfaltung starker Persönlichkeit mit der Anklage der autoritären Vergewaltigung zu verdächtigen. Gewöhnlich ist dieser Vorwurf nichts als der impotente Geltungsdrang kleiner Geister, der den Namen der Freiheit schändet, um armseligen Neid in das Gewand einer Gesinnung zu hüllen.

Es gibt Führerpersönlichkeit und Führeraufgabe, die anzuerkennen und deren sich zu freuen kein anarchistisches Gewissen sich zu schämen braucht. Führerpersönlichkeit entfalten heißt individuelle Kräfte im Dienste der Kameradschaft nutzbar machen. Das nämlich unterscheidet Persönlichkeit von Autorität, daß die Autorität sich über eine Gefolgschaft erhebt und urteilslosen Gehorsam fordert, während die Persönlichkeit nur bestehen und wirken kann in der Verbundenheit einer Gemeinschaft, die ihre Kraft aus den Fähigkeiten jedes Einzelnen zieht. In solcher Gemeinschaft ist der Führer nicht, wer Herr über Hörigen sein will, sondern wer kraft seiner Gaben die gleichberechtigten Gefährten zum Höchstmaß freiwilliger Tatfreude zu entflammen weiß. Im Staat und in zentralistischen Organisationen gibt es Kutscher und Vögte, aber keine Leitung der Geister durch das Beispiel sittlicher Kraft. Führung zu rechtem Verhalten in Kampf und Leben setzt kameradschaftliche Gleichheit und freie Verbundenheit der Menschen voraus.

Sozialdemokratie und Diktatur

Als im Jahre 1919 die ungarische Räterepublik von den Rumänen und den Horthybanden gestürzt war, schlossen die ungarischen Sozialdemokraten einen geheimen Vertrag mit der Regierung, in dem sie sich verpflichteten, nichts gegen die Regierung zu unternehmen, keine revolutionäre Propaganda zu treiben usw., während die Horthy-Regierung versprach, bei ihren blutigen Arbeiterverfolgungen die Sozialdemokraten in Ruhe zu lassen.

Dieser Vertrag wurde Jahre hindurch innegehalten, bis er durch eine „Indiskretion“ bekannt wurde. Die ungarischen Sozialdemokraten bemerkten allmählich, daß sie keinerlei Anhang unter den jungen Arbeitern hatten; soweit der proletarische Nachwuchs überhaupt politisch interessiert war, war die Jugend kommunistisch eingestellt. Darauf sollte angeblich eine energischere Politik verfolgt werden, doch hörte man erst kürzlich wieder von einer Konferenz des ungarischen Ministerpräsidenten mit den sozialdemokratischen Führern, um diese zu informieren. Angeblich sollen dabei Einflüsse der englischen Arbeiterregierung, von der man in Ungarn eine Aenderung des Vertrages von Trianon erhofft, am Werke gewesen sein. Fest steht jedenfalls, daß die ungarischen Sozialdemokraten auch heute noch gut zur Diktatur Horthys stehen und höchstens eine legal-parlamentarische Opposition betreiben, die bei den bekannnten ungarischen Zuständen natürlich absolut wirkungslos ist.

In Polen fand der Umsturz Pilsudskis im Mai 1926, durch den die verfassungsmäßige Regierung gestürzt wurde, keineswegs die Gegnerschaft der polnischen sozialistischen Partei. Weil Pilsudski in seiner Jugend einmal aktiver Sozialist gewesen war und auch nach dem Kriege noch im Geruche einer gewissen Reformfreundlichkeit stand, die bei der agrarisch-reaktionären Regierung Witos fehlte, so begrüßte man die Diktatur. Sozialisten und ehemalige Sozialisten wurden Minister, ein Sozialist blieb ruhig auf seinem Posten als Sejmarschall, obwohl der Sejm nur noch eine Atrappe war. Erst allmählich, als die Reformen ganz und gar nicht kamen, die Diktatur sich aber immer mehr nach faschistischem Muster entwickelte, begannen in der polnischen sozialistischen Partei kritische Stimmen aufzutauchen. Aber auch heute sind bei weitem noch nicht alle Verbindungen zwischen der Regierung und der PPS. zerrissen.

In Spanien ist die einzige Partei, die von Primo de Rivera nicht aufgelöst wurde, die sozialistische (neben der patriotischen Union, der faschistischen Organisation). Soviel ich von einem spanischen Genossen hörte, soll der Sonnenschein der Legalität der Partei gar nicht gut bekommen, weil die Arbeiterschaft keine Sympathien für derartige proletarische Politik zeigt. Auch die reformistischen Gewerkschaften, die legal arbeiten, weisen keine Zunahme auf.

In Italien haben sich einige frühere sozialistische Gewerkschaftsführer erst voriges Jahr zum Faschismus bekehrt. Der Vorsitzende des Internationalen Arbeitsamts in Genf, Albert Thomas, Mitglied der französischen sozialistischen Partei, hat bei einer Reise durch Italien Mussolini seine Bewunderung ausgesprochen, was bei den Sozialisten der verschiedenen Länder unliebsames Aufsehen erregt hat.

In Rumänien und Bulgarien hat man nie etwas von einer energischen Opposition der Sozialdemokratie gehört, erst recht nicht von Verfolgungen, wie sie gegenüber Anarohisten und Kommunisten fast täglich vorkommen.

Die ganze Opposition dieser Sozialisten gegen das verrottete System jener Länder besteht in parlamentarischen Manövern und Wahlkämpfen. Insbesondere haben sie auch nie den Versuch gemacht, die Bauern zu erfassen, die in solchen unentwickelten Ländern 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung ausmachen und meist sehr revolutionär gestimmt sind.

In Deutschland haben die sozialdemokratischen Führer Noske, Ebert, Scheidemann usw. im Jahre 1919 selbst die Diktatur errichtet und zwar mit Hilfe einer zusammengewürfelten Soldateska, die überall in Deutschland herumzog und die Arbeitererhebungen unterdrückte. Daß die sozialdemokratische Umkleidung dieser Diktatur durch den Kapp-Putsch im März 1920 nicht fiel, wurde nur durch den Generalstreik und die Gegenerhebungen der Arbeiter erreicht. Die „parlamentarische“ Regierung hätte aus eigenen Kräften jedenfalls nichts dagegen tun können. Ganz brutal zeigten die militärischen Diktatoren hinter den Kulissen ihre Macht, als sie im Jahre 1923 nach dem Sturze der Rechtsregierung Cuno, die doch nach parlamentarischem Brauche durch eine Linksregierung ersetzt werden mußte, diese Linkswendung für unmöglich erklärten und der Regierung Stresemann in den Sattel verhalfen. Diese Regierung zeigte sich denn auch als richtige Diktatur, ließ nach Sachsen und Thüringen marschieren, erklärte den Ausnahmezustand, duldete die Schwarze Reichswehr usw. Und in dieser Regierung waren eine zeitlang die Sozialdemokraten vertreten! In der Folgezeit wurden dann die Formen des parlamentarischen Lebens etwas mehr gewahrt, nur das Republikschutzgesetz und die Drohung mit dem Artikel 48 der Verfassung boten noch Handhaben für diktatorische Bestrebungen. Neuerdings haben sozialdemokratische Minister und Zeitungen wieder ganz offen mit Diktatur gedroht. Diese Drohungen richten sich angeblich gegen die Rechtsparteien; da wir aber aus genügender Erfahrung wissen, was aus derartigen Maßnahmen bei ihrer Anwendung durch Gerichte und Behörden wird, so kann man wohl behaupten, daß sich die Diktaturdrohungen der Grzesinski und Severing mehr gegen die radikal gesinnte Arbeiterschaft richten.

Zeigen die angeführten Fälle ein gutes Verhältnis der Sozialisten zu den bürgerlichen Diktaturen der verschiedenen Länder, so war ihr Verhältnis zur bayerischen und ungarischen Räterediktatur und ist noch zur russischen ganz anderer Art. Man behauptet nicht zuviel, wenn man sagt, daß die Sozialdemokraten von Anfang an in der vordersten Front der aktiven Gegner dieser Diktaturen gestanden haben. Sprach doch Kautsky noch 1922 von Intervention gegenüber Rußland und sind doch die Schneppenhorst und Hoffmann mit militärischer Macht gegen Rätebayern vorgegangen. Da man diesen Räterepubliken und auch dem russischen Staat in den ersten Jahren seines Bestehens schwerlich sozialistische Tendenzen abstreiten kann, so ist dieses Verhalten der Sozialdemokratie ganz unerklärlich, wenn man sie als Arbeiterpartei betrachtet, sie handelt aber durchaus logisch als eine

Partei, die die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung aufrechterhalten will, wenn auch mit einigen Reformen.

Diese kleine Zusammenstellung über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und bürgerlicher sowie proletarischer Diktatur wäre unvollständig ohne eine soziologische Untersuchung der Ursachen dieser Dinge. Das Wort Verrat, das die Sache zwar moralisch richtig bezeichnet, reicht für eine tiefere Betrachtung, die die gesellschaftlichen Ursachen zu erkennen sucht, nicht aus. Der historische Materialismus, abstrakt angewandt, kann uns in dieser Frage viel helfen, denn nach dieser Lehre weisen die Klasseninteressen der Arbeiterschaft unbedingt auf den Sozialismus hin, und eine bürgerliche Arbeiterpartei, wie sie die Sozialdemokratie darstellt, wäre unmöglich.

Wir können annehmen, daß die sozialistischen Bewegungen in unentwickelten Ländern, wie Ungarn, Polen usw., in geringerem Grade von Arbeitern getragen wurden als bei uns. Die sozialistischen Ideen, die in den gestig tonangebenden westeuropäischen Staaten die radikale Opposition zu den bestehenden Zuständen waren, fanden in den mehr agrarischen Staaten bei fast allen irgendwie oppositionell gestimmten Elementen, besonders bei der Jugend, bei Intellektuellen usw. begeisterten Anklang, gerade so wie die Ideen der französischen Revolution in Deutschland, obwohl man den wirklichen Gehalt dieser Ideen gar nicht begriff und auch gar nicht an ihre Verwirklichung dachte. Die Arbeiterschaft jener unentwickelten Länder, die natürlich weit weniger Beziehungen zur westeuropäischen Kultur hatte, entwickelte auch meist ihre eigenen sozialistischen Bestrebungen und Ideen, die teilweise eigenes, bodenständiges Gepräge zeigten. Ich denke hier z. B. an den russischen Bolschewismus, an den bulgarischen „Volkssozialismus“ (mit einem gewissen agrarischen Einschlag) und an den spanisch-italienischen Anarchismus, resp. Anarcho-Syndikalismus, der auf Bakunins Zeit zurückgeht und nicht etwa vom französischen Syndikalismus beeinflusst war. Wenn wir uns diese Tatsache vor Augen halten, ist die Rolle der sozialistischen Parteien schon viel leichter verständlich. Hinzu kommt noch, daß sich Anschauungen und Theorien vielfach länger erhalten, als die sozialen Verhältnisse, aus denen sie geboren wurden. Es hängt das wahrscheinlich u. a. damit zusammen, daß die meisten Menschen mit zunehmendem Alter ihre geistige Beweglichkeit verlieren und die Ansichten, die in ihrer Jugend modern oder herrschend waren, ihr ganzes Leben lang bewahren.

Nun ist der Grundgedanke der sozialistischen Parteien, nämlich die Benutzung des parlamentarischen Systems für sozialistische Bestrebungen, oder die Erkämpfung eines parlamentarisch-demokratischen Staates, wo er noch nicht bestand, ein wesentlich bürgerlicher Gedanke. Die bürgerlichen Klassen, die dieses demokratische System in Westeuropa und Amerika erkämpft hatten, waren nur bei uns und noch mehr in Ost- und Südeuropa durch die rasende kapitalistische Entwicklung schon vor Erreichung dieses

Ziele teils verschwunden, teils aus Furcht vor dem Proletariat zum Absolutismus übergegangen. Infolgedessen blieb die Demokratie, das heißt unter den heutigen Verhältnissen, die kapitalistische Demokratie, höchstens mit sozialreformerischem Einschlag, das nächste Ziel der Arbeiterschaft. Der demokratische Gedanke war jedenfalls die nächste und den Arbeitermassen begreiflichste Etappe auf dem Wege von der Monarchie zum Sozialismus. Dieser Gedanke hat sich deshalb durch jahrzehntelange Propaganda so fest eingewurzelt, daß bedeutende Arbeiterschichten wie an ein Evangelium daran glaubten und noch glauben. Die Räterepublik, der Gedanke des selbständigen proletarischen Vorgehens, erschien diesen Arbeitern als Unmöglichkeit und infolgedessen als Gefahr. Deshalb stellten sie sich lieber auf die Seite der „Ordnung“, die sich zeitweise mit demokratischen Phrasen schmückte. Hinzu kommt natürlich noch der Einfluß der Führer, die in Parlamenten und Behörden die Regierungsluft mit vollen Zügen genossen und die Klassenverhältnisse vollkommen aus den Augen verloren.

Eine andere Ursache für die bürgerliche Einstellung der Sozialdemokratie ist die Differenzierung unter der Arbeiterschaft. In dem Maße, wie sich bestimmte Arten von spezialisierten Arbeitern herausbildeten, die besser bezahlt wurden und teilweise geradezu als neuer Mittelstand bezeichnet werden können, tauchten in der Arbeiterbewegung mehr und mehr reformistische oder direkt staaterhaltende Tendenzen auf. Der deutsche Revisionismus, auf so und soviel Parteitagungen mausestot geschlagen und doch immer lebendig, der französische Regierungssozialismus und die reichlich imperialistische Arbeiterbewegung Englands zeigen dies deutlich. Diese Reformisten wollen zwar den demokratischen Staat, wenn ein solcher sich aber bei bestimmten Gelegenheiten nicht gegen den Willen des revolutionären Proletariats halten kann, nehmen sie auch mit einer bürgerlichen Diktatur vorlieb oder unterstützen diese gar aktiv.

Das scheinen mir die Hauptursachen für die geschilderte Stellung der sozialistischen Parteien zur Diktatur zu sein. Wir können daraus lernen, daß man eine Bewegung nie nach ihrem bloßen Ideengehalt beurteilen darf, sondern daß die Taten die Hauptsache sind.

H. W. Gerhard.

Keine Milde !

Der Prälat Seipel, vormalig österreichischer Bundeskanzler, somit Staats- und Kirchenpfaff in einem, braucht um die Unsterblichkeit seines Namens nicht zu bangen. Nach dem denkwürdigen 15. Juli 1927, dem Tage, an dem der Volkszorn gegen eine ruchlose Klassenjustiz sich am Sitz ihrer Schmach Luft gemacht hatte, fand der feiste Bonze die zwei Worte, die die ganze Tiefe seines regierenden Christengemütes ausschöpften, die darüber hinaus ein für allemal festlegten, welcher Grundsatz jeder Obrigkeit frommt, wenn gekränktes Menschentum, gekränktes Rechtsgefühl

gekränkter Lebensanspruch sich wider die Herrschaft der Reichen und Satten zur Wehr setzt: Keine Milde!

Herr Seipel hat persönlich keine guten Erfahrungen gemacht mit seinem Leitsatz der Rache, er ist darüber in den politischen Ruhestand gestolpert und kann keine weltliche Milde mehr versagen, sondern höchstens noch die himmlische Absolution. Auch sind die Urteile gegen die Justizpalast-Stürmer von Wien damals nicht so hart ausgefallen, wie die Wiener sie erlebt hätten, wenn ihre Anschluß-Sehnsucht bereits erfüllt gewesen wäre. In Oesterreich nämlich stehen die Arbeiter hier und da noch selber vor ihrer Sache und vor ihren Rechten und sie gaben dem Gottesstreiter die Antwort auf seine Schurkerei, die ihm weh tat. Zehntausende von Kirchenaustritten folgten; Zehntausende von Menschen bekundeten durch die Tat, daß sie wenigstens der Organisation der Gnadenlosigkeit nicht länger anzugehören wünschten, zu der die Mitgliedschaft nicht erzwungen werden kann. Da fing Seipels höchste vorgesezte Behörde an, um ihre Macht in Oesterreich zu zittern, und der Vatikan nötigte den Bundeskanzler zum Rücktritt. Der Staat aber mußte mitsamt der Kirche die Niederlage vor der direkten Aktion der Massen eingestehen und der Justiz deutlich machen, daß das Rezept „Keine Milde“ erst angewendet werden solle, wenn von der österreichischen Bevölkerung die geduldige Hinnahme dieser Medizin erwartet werden könne, wenn sie so gefügig geworden sei wie etwa das gute deutsche Volk in seiner freiesten Republik der Welt.

Bei uns ist Seipels Rat längst Richtschmür und Inhalt aller Staatsweisheit. Wir haben seit über zehn Jahren Urteile erlebt gegen Proletarier, die in der Geschichte der Staatsjustiz aller Länder und Zeiten einen Vorzugplatz der Härte, Verständnislosigkeit und Bourgeoisrache beanspruchen können, und wir haben zur gleichen Zeit Freisprüche und Unterlassungen von Strafverfahren für Mitglieder der herrschenden Klasse erlebt, die an Ungeniertheit den Rekord der Parteilichkeit halten. Was wir indessen nicht erlebt haben, ist ein 15. Juli 1927. Der liebe Staat mit seinen sozialdemokratischen Treuhändern an der Spitze ist so sicher in dem Gefühl, daß dieses Datum im Kalender der reichsdeutschen Objekte der Gesetzgebung fehlt, daß er sogar seinen Glücks- und Jubeltag, den zehnjährigen Geburtstag der Weimarer Verfassung, fahnenschwenkend und redensabbend unter dem Stichwort beging: Keine Milde!

Als das Deutsche Reich Versailler Prägung noch Kaisers Geburtstag feierte, da bedurfte die Freude am Regiertwerden vom angestammten Herrscherhaus noch der alljährlichen Kampferspritze kleiner, mittlerer oder — wenn eine runde Zahl von Lebensjahren erreicht wurde — auch umfassenderer Amnestien. Dann lasen wir, daß Seine Majestät allergnädigst geruht habe, den Reichskanzler und den preußischen Staatsminister der Justiz zu beauftragen, unter bestimmten politischen oder anderen Gesichtspunkten eine Liste von Verurteilten und Verfolgten aufzustellen, denen die Strafen erlassen oder die Verfahren niedergeschlagen werden sollten. Die Versailler Republik Weimarer Prägung hat solche Aufpulverungen der Liebe nicht mehr nötig. Das Glück, sie zu haben, die Freude, ihre demokratischen Schönheiten zu genießen, von den Bürgschaften ihrer Verfassungsbestimmungen umhegt zu werden, ist so fest und unwandelbar in den Herzen aller Deutschen, in Hütte und Palast, im Konzernbüro und in der Zuchthauszelle, gegründet und verankert, daß es keiner Amnestien, keiner Milde und keiner Gnadenerlasse bedarf, um die hohe Wonne ganz zu fühlen, ohne des Thrones Glanz Liebling des Volks zu sein. Wahrhaft würdig beging man den 11. August. Severing, der Abkommenschieber von

Bielefeld, hat es dem deutschen Volk gesagt, wie zufrieden es mit ihm und seinesgleichen sein dürfte, und Scheidemann und Hörsing, die blaßroten Offiziersburschen der Weißgardisten, standen an Kartätschen-Wilhelms historischem Eckfenster und nahmen die Parade der Schwarzrotgoldigen Kukirollkommandos ab, für die Erich Weinert den guten Namen Freiheits-Armeer gefunden hat. Riemen um den Bauch und Speck auf der Seele stampften sie vorbei, froh ihrer Berufung, beim Inkrafttreten des Young-Planes und der „Reform“ der Arbeitslosenversicherung Juli-Gelüste des hungernden Proletariats im Wettstreit mit Zörgbels Mai-Schußmännern tottreten zu dürfen, im Gleichtritt nach Seipels Text: Keine Milde!

Die Verfassungsfeier ist vorübergegangen ohne Amnestie, ohne die leiseste Andeutung einer Absicht, auch nur durch sogenannte Gnadenakte die krassesten Tollheiten reaktionärer Justizberserker auszugleichen. Man hat gefeiert, was man zu feiern wünschte: die Errichtung eines Läutewerks von an Paragraphen befestigten Schellen, deren sanftes Gebimmel die Totenglocke der deutschen Revolution bedeutete. Die Bismarcksche Verfassung von 1871 war durch die Revolution von 1918 automatisch außer Kraft gesetzt. Die Nutznießer dieser Revolution wurden dank organisierter Massenmordes an den Revolutionären die fanatischsten Feinde der Revolution: die Sozialdemokraten. Sie setzten alle monarchistischen Gesetze neu in Kraft; nur die alte Verfassung konnten sie nicht mehr übernehmen, da sie sich sonst selber wegen Hochverrats hätten prozessieren müssen. Das konnten sie bloß gegen Bejaher der Revolution wagen, und wir in Bayern sind ja tatsächlich in einer Zeit, als es in Deutschland und in Bayern gar keine Verfassung gab, wegen gewaltsamer Verletzung der Verfassung im Auftrag einer sozialdemokratischen Regierung als Hochverräter zu vielen Tausenden Jahren Zuchthaus, Gefängnis und Festung verurteilt, Eugen Leviné standrechtlich getötet worden. Sie ließen, die Usurpatoren der durch die Revolution entstandenen Republik, die monarchistischen Beamten und Richter ans Werk gehen, um zu verbürgen, daß im neuen Laden nur alte Ware verhökert werde. Aber die neue Verfassung mußten sie wohl oder übel haben, damit die Ermordung und Einkerkerung neuerungssüchtiger Arbeiter nicht auf die Dauer gar zu gesetzlos aussehe. So wurde dieser reizende Strauß duftiger Bestimmungen gewunden und mit einer schwarzgoldenen Schleife verziert, an dessen Blüten wir seit zehn Jahren riechen: Entgeistigung und Verpfäufung des ganzen kulturellen Lebens, Zensur, Muckerei, Zelotismus, Militarismus in hundert verschiedenen Maskierungen, als technischen, sportlichen, erziehlichen, wehr- und kameradschaftsverbändlerischen und kriegsspielerischen Leistungen und Ruhmredereien; Rationalisierung der Produktion, Hunger, Verelendung, Verarmung, Kindersterblichkeit, Massen-Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot und durch dies alles bedingte ungeheuer gesteigerte Kriminalität. Aber die Verfassung stellt die Grundpflichten nebst den Grundrechten der Deutschen fest, und wer unter der Wirksamkeit der Verfassung in Kriminalität gefallen ist, zeigt, daß er des schönen Werks nicht würdig war. — und den soll man zur Jubelfeier des Weimarer Meisterstücks auch noch begnadigen? Das wäre gelacht. Keine Milde!

Es ist wahr: die Erkenntnis der wahren Beschaffenheit dieser anmutigen Republik muß auch bei uns schon fast illusionsfreien Staatsfeinden immer wieder neu erweckt werden. Immer wieder versagt unsere Vorstellungskraft, um gänzlich zu erfassen, bis zu welchem Maße erbarmungsloser Trockenheit regierende Hirne ausgedörrt sein müssen, um ihre bürokratischen Funktionen restlos von jeder Erinnerung an menschliche Dinge

loslösen zu können. Staatsgesinnung ist in diesem unglücklichen Lande Abtötung aller Lebendigkeit des Geistes und des Herzens, und darum schätzt man die Otto Braun die Severing und Stresemann, mit einem Wort, die Sozialdemokraten aller deutschnationalen Parteien, bei uns als so hervorragende Staatsmänner, weil sie die Dinge des Lebens anderer Leute ohne die geringste Beteiligung eigener Lebendigkeit zu lenken verstehen. Den Begriff der Herzensklugheit kennen sie nicht, und es wäre müßig, mit ihnen darüber zu sprechen; und auch die Beweisführung dafür, daß zur Schau getragener Mangel an Gefühl kein Zeichen von Klugheit ist, wäre nur bei Personen angezeigt, bei denen wenigstens an Stelle des Gefühls ausreichender Verstand angenommen werden könnte, um die gewissenlose Beleidigung des Leidens bei Gelegenheit der Freude als abgründige Dummheit zu erkennen. Sie wußten, unsere demokratisch regierenden Republikaner, daß in allen deutschen Gefängnissen und Zuchthäusern die Nerven von vielen tausend Opfern der Not und des Staates angstvoll erregt, dem 11. August entgegenzitterten. Es war ihnen nahegelegt worden, den Tag, den sie, obwohl er es verdammt nicht wert ist, zu einem Fest für alles Volk erkoren hatten, durch die einzige Maßnahme volkstümlich zu machen, die der links und rechts gleichmäßig verhaßten Republik einmal ein wenig Sympathie bei Menschen erwerben konnte, die nicht Kostgänger ihrer Verfassung sind; durch eine Amnestie oder doch durch die Verkündung von Gnadenerlassen in großem Umfang. Ich weiß, daß Zuchthausdirektoren bei ihren vorgesetzten Behörden angeregt haben, die Gelegenheit des Verfassungstages zu benutzen, um unter milderen Gesichtspunkten, als die Bürokratie sie sonst anwendet, das Verfahren der Einzelbegnadigungen durchzuführen. Ich weiß, daß Gefängnisgeistliche Schritte nach dieser Richtung versucht haben. Ich weiß, daß Anstaltsärzte auf den Tag gehofft haben, um die Qual armer Lazarettgefangener, die keine Hunderttausende Vermögen, keinen adligen Namen und kein Abzeichen nationaler Verbände besitzen, abgekürzt zu sehen. Nichts ist geschehen. Gar nichts! Sucht die demokratische und vor allem die sozialdemokratische Presse ab: in den Jubelchören für die Herrlichkeiten der von Hindenburg betreuten Verfassung kein Sterbenswörtchen von denen, die sich in den Fallen und Schlingen ihrer Gesetze verfangen haben. Kein Gewissen. Keine Scham. Keine Milde!

Als Hindenburg, weil er Monarchist war, zum republikanischen Präsidenten erwählt wurde, da waren sogar den Nationalisten zuliebe Sozialdemokraten für ein kleines Amnestie-Surrogat zu haben; es war erbärmlich genug. Im vorigen Jahre wurde eine Amnestie größeren Maßstabes erlassen. Erst ihre Verwirklichung zeigte, daß auch sie wenig wert war. Sie wurde beschlossen, weil man keinen andern Weg mehr wußte, um die wegen Mordes verurteilten und verfolgten Völkischen unter dem Schutz gesetzlicher Korrektheit frei zu kriegen. Da die Zehnjahresfeier der Weimarer Verfassung diesen Kreisen, denen sich bekanntlich jede republikanische Politik in Deutschland praktisch unterwirft, so suspekt ist, daß sie bis jetzt noch nicht einmal erlaubt haben, den Verfassungstag als amtlichen Feiertag zu begehen, brauchte man ihnen diesmal den Grundsatz der Gnadenlosigkeit nicht noch einmal zu opfern. Die Kommunisten haben sich ebenfalls nicht gerührt, wobei sie sich nicht darauf berufen können, daß ihnen die Verfassung so zuwider sei, wie den Völkischen — und, glaubt's nur, auch uns Anarchisten. Sonst müßte man schließen, daß ihnen die Wahl Hindenburgs 1925, nach der sie lobenswerterweise sehr heftig die Amnestie propagierten, Grund zu großem Jubel gewesen wäre. Nur ganz schwächlich und ohne Beziehung auf den 1. August hat die KPD.-Presse und die Rote Hilfe die Ausdehnung der Amnestie vom 14. Juli 1928 auf die politischen Gefangenen gefordert, die

man damals übergangen hat, indem man ihnen den Charakter als politischen Tätern absprach. Die Liga für Menschenrechte forderte etwas mehr und zwar mit ausdrücklichem Hinweis auf die Verfassungsfeier, nämlich die hier zuerst verlangte Freilassung der Opfer des Krieges, die jetzt noch in den Zuchthäusern der Republik sitzen. Vor genau einem Jahre schon schrieb ich im FANAL (Jahrg. II, Nr. 12, S. 283): „Notwendig ist zunächst eine Amnestie für alle, die — gleichviel wofür — von Kriegs- und Ausnahmegerichten verurteilt sind; da dies politische Gerichte waren, sind alle von ihnen Verurteilten politische Gefangene. . . . Wäre aber diese seltsame Republik des derzeitigen Deutschen Reiches wirklich eine Republik, dann hätte sie längst aus eigenem Antrieb mindestens alle die Urteile gestrichen, die noch im Namen des Kaisers, im Namen der übrigen zwei Dutzend entthronten Machthaber der schwarzweißroten Zeit eingesperrt sind. Würde zum 9. November eine solche Amnestie erlassen, dann täte die Republik zum ersten Male etwas, was die ganze Welt als Bekenntnis und als Bruch mit der Vergangenheit ansehen müßte. Man kann nicht alle Mörder einfach laufen lassen? Berrnigt Euch, sie säßen alle schon mindestens 10 Jahre in Euern Musterkerkern. . . .“ Wozu weiter zitteren? Die maßgebenden Leute, vorneweg selbstverständlich wieder die Sozialdemokraten, haben unserm Wettstreit, ob wieder bloß die politischen Gefangenen frei werden sollten oder auch die Deserteure und Kriegssünder oder, was ich wünsche, möglichst viele Opfer der wirtschaftlichen Not und der Verwirrung dieser Zeit, ein kühles Grab gegraben. Niemand kommt heraus. Laßt, Ihr gequälten und immer noch lebensgläubigen armen Menschen in Euern Zellen, die Hoffnung auf die Sippschaft fahren, die im Augenblick die Geschicke dieses Landes bestimmt. Sie duldet es zwar, daß der Vatermörder Graf Stolberg frei im Lande herumläuft; sie sieht die Kameradenschlächter der Schwarzen Reichswehr einen nach dem andern fröhlich wieder in der guten Gesellschaft erscheinen; sie wird den Versicherungsschiebern des Frankfurter Konzerns nichts Böses tun, denn deren Betrug ging hoch in die Millionen, während Ihr nur klautet, wozu Euch Not und Jammer trieb; — Ihr aber seid nicht wert, daß das Hurraschreien über die Herrlichkeit der Weimarer Verfassung von Euern Stimmen verunreinigt werde. Für Euch gilt Seipels Formel: Keine Milde!

Beruhigt Euch! Die Leute, die für Euch keine Milde haben, werden nicht mehr lange am Werke der Regierung sein. Das Hinschlachten von 31 Berliner Straßenpassanten ist nur für kurze Zeit eine Garantie, daß Roß und Reisige die steile Höh' schützen, wo Bonzen steh'n. Roß und Reisige wollen nämlich ganz andere Leute auf die steile Höh' hinaufbringen, und das wird ihnen in gar nicht ferner Zukunft auch gelingen, da es im Proletariat, der einzigen Macht, die es könnte, nicht leicht jemanden geben wird, der um den Grzesinski, Braun und Zörgiebel ihre Thrönchen zu retten, die Finger naß machen wird. Geht es einmal hart auf hart — und der Faschismus hat wenig Grund zu zögern, da ihm seine sozialdemokratischen Platzhalter immer von neuem bestätigen, daß sie keine andere Politik zu treiben wagen als ihm gefällig ist —, dann kommt entweder ein Reichsverweser, der Euch freilassen wird, weil er für uns Revolutionäre, soweit wir leben dürfen, und für die Republikaner, die keine Milde für Euch kennen, sehr viel Platz in den Zuchthäusern nötig haben wird, — oder es kommt eine andere Zeit, die wir proletarischen Revolutionäre mit Euch im Bunde werden erkämpfen müssen. In diesem Kampf freilich wird wohl uns nichts anderes übrig bleiben, als das Rezept „Keine Milde!“ auf die Herrschaften anzuwenden, die es jetzt Euch eingeben.

Die Forderungen nach Massenfreilassungen werden deshalb nicht stumm werden, weil die deutsche Republik grade keine Feste mehr zu feiern hat.

Sie werden aber jetzt andere und vielleicht wirksamere Formen der Agitation annehmen. Ich kündige an, daß in allernächster Zeit eine Reihe von Persönlichkeiten zusammenberufen werden wird, die angesichts der absoluten Unzugänglichkeit amtlicher Stellen Kampfmaßnahmen beraten werden, um eine Massenbewegung für Entleerung der Zuchthäuser in Gang zu bringen. Dabei kann es nicht darauf ankommen, die feine Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Gefangenen fortzusetzen, die den Keime Milde-Politikern ihre Harthörigkeit für menschliche Verzweiflung nur versteifen kann, sondern Aufklärung zu schaffen darüber, was für Urteile vollstreckt werden, welches Strafmaß von bürgerlichen Richtern proletarischen Straftaten der Not angemessen gefunden wird, wie Staatsanwälte Haftfähigkeit Sterbenskranker annehmen, wo kein Reichtum durch sich selbst die Haftunfähigkeit begründet, was es mit dem progressiven Strafvollzug auf sich hat und wie allgemein die staatliche Gerechtigkeit aussieht, die beileibe durch keine Milde erschüttert werden darf.

An positiven Forderungen an die Reichs- und Länderregierungen sollen vorläufig die Maßnahmen verlangt werden, die schon jetzt von privater Seite in dem Glauben den Behörden vorgelegt worden sind, man werde zum Zehnjahrestage der Verfassung überhaupt etwas veranlassen, was über das Gegröhl des ursprünglich antisemischen, dann hohenzollerischen, endlich Ebertrepublikanischen Liedes „Deutschland über alles —“ hinausgehen würde. Diese „Vorschläge zur Berücksichtigung für die Gnadenaktion am 11. August 1929“ lauteten:

1. Begnadigung aller von Soldaten im Kriege oder in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kriege später begangenen Straftaten.
2. Begnadigung aller Notvergehen während des Krieges, der Nachkriegswirren, des Kapp-Putsches, des Mitteldeutschen Aufstandes, der Inflation, Deflation und Nationalisierung.
3. Begnadigung aller von außerordentlichen Gerichten abgeurteilten Straftaten. Diese Gerichte sind unter besonderen politischen Verhältnissen eingesetzt und zusammengesetzt gewesen. Daher sind alle ihnen überwiesenen Fälle als politisch gefärbt anzuerkennen.
4. Prozentuale Herabsetzung aller langfristigen Strafen. Sofortige Entlassung aller Gefangener, die noch in der Geltungszeit der früheren Verfassung abgeurteilt sind. Mindestens zeitliche Begrenzung aller lebenslänglichen Strafen.
5. Anwendung der Amnestie von 1928 auf alle politischen Grenzfälle und alle strittigen Fälle. Begnadigung auch der von der Amnestie ausgenommenen Verbrechen gegen das Leben und Landesverrats-Delikte.
6. Amnestierung aller Delikte aus den Paragraphen 175 und 218, 219.
7. Bewilligung aller Entlassungsgesuche solcher Gefangener, deren Freilassung oder Strafunterbrechung von irgendwelchen Strafanstaltsorganen, vornehmlich von Anstaltsärzten, befürwortet wird, unter Ausschluß staatsanwaltlicher Begutachtung.
8. Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft sowie während der Strafzeit erfolgten Behandlung in Kranken- und Irrenanstalten auf die Strafverbüßung.
8. Niederschlagung anhängiger kleinerer Strafsachen, insbesondere Aufhebung aller im Zusammenhang mit den Berliner Maiereignissen erfolgten Verurteilungen und Strafverfahren.
10. Entlassung aller als politische oder Ueberzeugungstäter anerkannten Häftlinge. Legalisierung der aus politischen Gründen Verfolgten. Begnadigung aller Verurteilten, in deren Straffällen Notstand der Familie, Affekthandlungen, spontane Wirkungen besonderer Umstände wie Men-

tereien in der Strafanstalten, oder Verzweiflungsausbrüche infolge wirtschaftlicher Not vorliegen.

Das sind alles keine radikalen, gewiß keine revolutionären Forderungen. Sie entstanden ja aber in dem Glauben, den Behörden nichts Agitatorisches, sondern leicht Erfüllbares vorzulegen. Jetzt, da die Staatsbehörden das Prinzip „Keine Milde!“ zur Richtschnur ihres Verhaltens gewählt haben, können diese Punkte selbstverständlich nur mehr als Minimal-Programm gelten, auf das sich freihütlich gesinnte Staatsbejaher und Staatsverneiner aller Art zu gemeinsamer Aktion zunächst einigen können. Aufgabe des Proletariats wird es sein, durch seine außerparlamentarischen Beeinflussungsmittel des öffentlichen Geschehens praktische Solidarität für die Klagen- und Unterdrückten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems zu betätigen, die durch ihr Schicksal die Unhaltbarkeit und Umtergangsreife des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems beweisen. Das Leben hat gegen diese Schicksalsgefährten aller Armut keine Milde gekannt, die staatlichen Regierungen haben das Fest, mit dem sie die Entstehung ihres obrigkeitlichen Waltens feierten, benutzt, um mit aller Deutlichkeit zu offenbaren, daß die Armen, die ihren Regierungskünsten nicht gewachsen sind, von ihnen keine Milde zu erwarten haben. Das Proletariat hat die Aufgabe, seine Kraft gegen die Brutalität der Staatsräson durchzusetzen und den mißhandelten Opfern der kapitalistischen Gesellschaft zunächst in seine Reihen zurückzuhelfen, damit sie einmal der Klasse, zu der sie gehören, im Kampfe ums Ganze helfen können. Im Kampf um alles aber muß für die Arbeiter das Wort gelten: gegen Staatsräson, Klassenjustiz und Bonzendünkel — keine Milde!

Weißer Schrecken

Dem FANAL geht mit dem Ersuchen um Abdruck folgende Entschliebung zu:

„Die öffentliche Versammlung in Berlin, Rosenthaler Hof, am 20. 8. 29, einberufen vom Leninbund (Linke Kommunisten), erklärt zu dem Mordprozeß gegen streikende Textilarbeiter in Gastonia im Staate Nord-Carolina (Amerika): Eingedenk des Mordes an Sacco und Vanzetti erblicken wir in dem Vorgehen der Behörden einen Racheakt der Kapitalistenklasse, eine Aktion gegen die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiterschaft. Um diesen Angriff abzuwehren, um das Leben der angeklagten Genossen zu retten, ist das einmütige Auftreten der Proletarier notwendig. Wir beauftragen die Einberufer, die heute begonnene Aktion in verbreiteter und verschärfter Form weiterzuführen.“

Folgendes ist in Gastonia vorgegangen: in der Textilindustrie war ein Streik ausgebrochen. Monatelang standen die Arbeiter im Kampf um halbwegs erträgliche Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer sammelten staatliche und private Bewaffnete im Gebiet zum Schutz der mit allen Mitteln angeworbenen Streikbrecher. Darauf warf man die Streikenden mit ihren Familien aus den Werkwohnungen hinaus. Sie bezogen ein Zeltlager und wohnten darin, bis es eines Nachts von Polizei überfallen und beschossen wurde. Etliche Arbeiter wurden verwundet, doch gelang es, die Angreifer zurückzuschlagen, wobei auch die Polizei Verluste an Verwundeten hatte. Der Polizeichef, der den Ueberfall leitete, starb an der erlittenen Verletzung. Dieser Vorfall führte, nach dem Chicagoer Muster von 1887, zur Verhaftung und Prozessierung von 23 an dem Streik be-

teiligten Mitgliedern der Textilarbeitergewerkschaft. 15 von ihnen wurden wegen Mordes vor Gericht gestellt, darunter 3 Frauen, und jetzt hat der Staatsanwalt gegen 13 Angeklagte die Todesstrafe beantragt.

Wir stehen also wiederum der Aufgabe gegenüber, durch solidarische Maßnahmen der gesamten internationalen Arbeiterschaft dem amerikanischen Henker in den Arm zu fallen, 13 Klassengenossen dem elektrischen Stuhl zu entreißen, den die Profitgeier des Textilkapitals laden lassen, um dem Proletariat die Neigung zu besserer Lebenshaltung durch den weißen Schrecken auszutreiben. Den Kampf für Sacco und Vanzetti haben wir verloren; das ermutigte die herrschende Klasse, ihre Brutalität zu steigern. Steigern wir unsere Anstrengungen für die gefährdeten Genossen. Sie müssen gerettet werden, nicht nur, weil es wertvolle Leben sind, die bedroht sind, sondern weil ihre Sache die des ganzen Weltproletariats ist, weil jeder Sieg des Weißen Schreckens ungezählte Schurkereien des Kapitals gegen die Arbeiter in allen Ländern nach sich zieht. Der Leninbund hat recht: das einmütige Auftreten der Proletarier ist notwendig. Das bereits in New York ins Leben gerufene Gastonia-Verteidigungskomitee muß von allen revolutionären Arbeiterorganisationen der Welt nachdrücklichst unterstützt werden. Aber der Kampf darf nicht auf den einen Fall beschränkt bleiben. Er muß sich gegen den Weißen Schrecken allgemein wenden und seine Opfer in allen Staaten der Welt in Schutz nehmen.

Zuerst in Amerika selbst. Die Genossen Mooney und Billings sitzen, obwohl alle Richter und Anwälte, die mit ihrem Prozesse zu tun hatten, öffentlich bezeugt haben, daß sie sich von ihrer Unschuld überzeugt haben (FANAL, Jahrgang III, Nr. 3, S. 62 ff), immer noch, nach 13 Jahren in einem der schrecklichen Kerker Amerikas, die wir durch Alexander Berkman's „Tat“ und durch die Leiden der Genossen Sacco und Vanzetti uns vorstellen können. Und doch können wir sie uns nicht vorstellen, weil vor zuviel Entsetzen die menschliche Phantasie versagt. Der Aufstand der 1700 Gefangenen im Zuchthaus zu Auburn, bei dem diese Riesenzahl geschundener und entwürdigter Menschen sich zum Sterben im Kampf entschloß, den grauenvollen Käfig in Brand steckte, um die Welt gegen Amerikas Schande zu alarmieren, müßte die Arbeiter Europas wachamer machen, als bis jetzt zu spüren ist. Und es war kein Einzelfall. Eine Woche vorher waren die Gefangenen des Zuchthaus Dannevoora rebellisch geworden, und nachdem eine Woche nachher in Leavenworth (Kansas) eine schwere Sträflingsmeuterei unterdrückt war, wurde unmittelbar danach eine weitreichende Verschwörung in der berüchtigten Anstalt Sing-Sing aufgedeckt. Unterscheidet nicht pharisäisch zwischen politischen und kriminellen Gefangenen. Alle unsere Kameraden kommen ihres Kampfes wegen hinter dieselben Gitter, hinter die die herrschende Macht ihre kriminellen Feinde ebenfalls setzt. Und jeder wahre Revolutionär wird es ablehnen, beim Proletariat mehr zu gelten als die, die die Opfer der Zustände sind, denen sein Kampf gegolten hat. Die Rebellen von Sing-Sing und Auburn sind so gut unserer Kameradschaft in der Abwehr des Weißen Schreckens wert wie die Streiker von Gastonia.

Aber der Weiße Schrecken ist keine Besonderheit der USA. In Südamerika ist das Schicksal des Genossen Radowitzky nach fast 20 Jahren grauenvollster Martern in den Kasematten der argentinischen Einöden des Feuerlandes weiterhin der Rache des Weißen Schreckens für seine mutige Kampfpat ausgeliefert. Die Syndikalisten aller Länder wollen jetzt eine Weltbewegung für seine Befreiung ins Werk setzen. Zugleich rufen die Balkan-Revolutionäre gegen die neuesten Schandtaten des jugoslawischen

Faschismus um Hilfe; in Bulgarien folgen die Verbrechen gegen gefangene Revolutionäre einander in unaufhörlicher Reihe, und Rumänien zittert noch von der furchtbaren Metzerei unter den verletzten Grubenarbeitern von Lupeny, bei der 32 Streikende getötet, mehrere Hundert verwundet wurden. In Litauen tobt unterdessen der Weiße Schrecken gegen die Sozialisten weiter, die sich ihr Land besser verwaltet vorstellen können als die Herren Smetona und Woldemaras es regieren; und hier werden Todesurteile nicht nur gefällt, sondern auch reichlich vollstreckt, ohne daß die Zivilisation Europas davon erhebliche Beschwerden bemerken läßt. Was mittlerweile in Ungarn, der Türkei, Polen, Spanien, Italien gegen proletarische Freiheitsliebende getrieben wird, erfährt man kaum mehr.

Aber es wäre sehr verkehrt, den Weißen Schrecken nur in Amerika und in den ganz- oder dreiviertelfaschistischen Ländern suchen zu wollen. Die hysterische Kommunistenhatz in Frankreich, die am 1. August zu einer wüsten Verhaftungsorgie führte, zeigt, wie weit noch die demokratischen Garantien reichen, auf die man in Westeuropa so sehr stolz ist, zeigt aber auch, wie wenig tatsächliche Widerstandskraft hinter allen revolutionären Redereien der Partei steckt, gegen die sich gerade diese Staatsaktion richtete. Es gibt kein Land mehr, dessen Einrichtungen irgendwelchen Schutz bieten gegen den Weißen Schrecken; auch Rußland ist kein Eldorado, denn es genügt nicht, von roter Diktatur zu reden, wenn ihr Schrecken sich gegen die Revolutionäre wendet, welche darüber zu klagen haben, daß das Rot der Oktoberrevolution am Verbleichen ist. Das einzige, was die russische Revolution noch am Leben hält, ist der heilige Glaube von Millionen Arbeitern in Rußland und überall, daß sie noch am Leben sei. Um dieses Glaubens willen wollen wir die Verfolgung der linken Revolutionäre dort nicht mit dem Weißen Schrecken des Faschismus gleichstellen.

Jetzt jedoch geht der Weiße Schrecken auch da zu Taten über, wo er sich bisher nur vorbereitend gesammelt hatte: in Oesterreich. Der Heimwehr-Ueberfall auf die Schutzbund-Arbeiter in St. Lorenzen ist ein unmißverständliches Signal, daß der für den Herbst angekündigte Generalangriff auf die Republik beschlossene Sache ist. Gelingt er, dann wird Horthy in Wien und Graz in vielerlei Gestalt auferstehen. Es wird den Arbeitern furchtbar ergehen, und die Sozialdemokraten, die sich viel darauf einbilden, daß sie ohne proletarische Revolution ein wenig Spielzeug für die Arbeiterschaft geschaffen haben — sie sollen auch beileibe nicht mit unseren Welsen und Zörgiebeln auf die gleiche Stufe gestellt sein —, werden von ihren auf demokratischem Wege stark gemachten Widersachern die Quittung dafür erhalten, daß sie ohne Revolution proletarische Interessen vertreten wollten. Ihr bißchen Mieterschutz und Sozialfürsorge ist nämlich nicht dadurch gesichert, daß sie die langsame Entwicklung an Stelle der revolutionären Tat setzen wollten, und es ist nicht an dem, daß wir auch in Deutschland weiter wären, wenn wir von je auf revolutionäre Versuche verzichtet hätten. Es ist an dem, daß die deutsche, insbesondere die bayerische Revolution erstickte, weil Oesterreich mit Reformen um seine eigene Revolutionspflicht herumkommen wollte. Wenn jetzt der Weiße Schrecken seinen endgültigen Einzug in Oesterreich halten sollte, so werden wir den Klassenossen dort die Solidarität erweisen müssen, die sie uns 1919 dank sozialdemokratischer Mißleitung schuldig blieben. Aber wir hoffen, daß die Arbeiter, die ihren 15. Juli 1927 bestanden haben und die auch jetzt in St. Lorenzen sich als ganze Kerle bewährt haben — trotz aller Schlappmacherei ihrer Führer mit den faschistischen Heimwehrbanditen proletarisch reden werden.

So hätten wir denn wohl bei uns in Deutschland das letzte Eiland, das

vor dem Weißen Schrecken nun und in Ewigkeit keine Furcht zu haben braucht. So ist es in der Tat. Denn hierzulande merkt man den Schrecken nicht, und wenn er den Deutschen selbst schon an der Gurgel sitzt. Die Hitler-Hugenberg-Kirdorf-Allianz ist abgeschlossen. Das Hakenkreuz ist am Stahlhelm befestigt mit einem gesetzlich geschützten, unzerreißbaren schwarz-weiß-roten Band. Die Regierung mit den internationalen, revolutionären, völkerbefreienden Sozialdemokraten an der Spitze baut die elende Arbeitslosen-Unterstützung so weit ab, daß eine Hochkonjunktur in der Gasschlauch-Industrie erwartet werden darf. Für diejenigen aber, die sich weder umbringen wollen, noch stehlen und rauben mögen, die infolgedessen ihr Klassenrecht werden erkämpfen müssen, stehen sozialdemokratisch geführte Panzerwagen gerüstet. Zörgiebel's 31 Leichen erzählen sich davon im Grabe. Weißer Schrecken? Schwarz-rot-goldene Gesinnung, grüne und graue Uniformen und blaue Bohnen — welcher dieser Schrecken wäre denn weiß? Wir sollten, wenn wir der Trauerspiele von Gastonia und Lupeny gedenken, wenn wir den jugoslawischen und italienischen, den litauischen und bulgarischen Brüdern unsere proletarische Solidarität bekunden, nicht ganz vergessen, daß das eigene Vaterland ebenfalls nicht ohne Reize ist. Herr Zörgiebel ist bekanntlich auch nach dem Mai 1929 Berlins Polizeipräsident geblieben.

In der Schwebel

In der Schwebel zwischen Krieg und dem, was man heutzutage Frieden zu nennen sich gewöhnt hat, befindet sich der Streitfall um die ostsibirische Eisenbahn. Die parteikommunistische Presse Europas scheint in dieser Angelegenheit von Moskau mit außerordentlich unpräzisen und widerspruchsvollen Informationen versehen zu werden. Ein fortwährender Wechsel von übernationalistischem Kriegsgekreisch und vorsichtig orakelndem „Analysieren“ der Lage deutet auf große Unsicherheit in der Beurteilung der Dinge hin, eine Unsicherheit, die selbstverständlich aus dem Kreml ins Karl-Liebknecnthaus reflektiert und nicht dort ihren Ursprung hat, wo die internationale Politik keine eigene Untersuchung erfährt, sondern der Abteilung für Stenogrammaufnahme eingeordnet ist. Trotz der gelegentlichen Drohungen mit geschärften Lanzen und trockenem Pulver, trotz der Entsendung einer besonderen Armee unter Galen-Blücher wünscht die russische Regierung zweifellos den Krieg nicht. Aber wo schon Grenzkämpfe in Gang gekommen sind, ist nie ganz sicher, daß sie Grenzkämpfe bleiben werden. Auch die Charbin-Regierung möchte bestimmt ohne Krieg zum erstrebten Ziele kommen, nämlich zur vertragsmäßig gesicherten Selbstverwaltung der Bahn. Aber niemand kann wissen, wie lange das von ihr zur Unterstützung herangezogene Geschmeiß zaristischer Weißgardisten ihr Werkzeug bleiben wird, wie bald sie, die in dem Konflikt als einzige wirklich den Krieg wollen, ihn mit allen Infamien der Technik entfesselt haben werden. Die kommunistische Partei-Opposition fordert als revolutionäre Lösung die freiwillige Uebergabe der Bahn an die Chinesen. Das ist sehr naiv gedacht und übersieht die Tatsache, daß Rußland ein Staat ist, der Grenzen zu schützen und Kapitalien zu verwerten hat. Der Besuch einer großen amerikanischen Studienkommission in Rußland, der vor einigen Wochen dort mit Banketts und ähnlichem Höflichkeitsklamauk gefeiert wurde und der durch die Teilnahme höchst einflußreicher Bankleute.

bedeutsam war, zeigt eher an, welche Lösung der russisch-chinesische Streit finden wird. Rußland wird von China mit amerikanischem Gelde aus der Eisenbahngemeinschaft herausgekauft werden. Solange das verzweigte Geschäft noch in der Schwebe ist, hängt auch der Krieg im fernen Osten zwischen Ausbruch und Beilegung.

Der große Krieg zwischen den Siegern von 1918 um das Skelett des Besiegten wird inzwischen von Friedenskonferenzen und Kriegsächtungskonsortien aus dem Zustand der latenten Bereitschaft in den der Schwebe versetzt. Der britische Sozialimperialist Snowden hat im Haag die Theaterschminke abgekratzt und zeigt, wieviel Mark aus den Knochen des deutschen Proletariats herausgesogen werden könne, und die deutschen Minister Streseding und Hilfermann sicherten das Stillhalten des Opfers zu; — es gibt ja noch Zörgiebels. Jetzt aber dreht es sich um die Verteilung der Kraftbrühe, die aus dem Mark gekocht werden soll. Die Engländer haben ja glücklich wieder eine „Arbeiter-Regierung“, die zeigt nun, daß sie die Geschäfte ihrer Großfinanz nicht schlechter wahrzunehmen weiß, als ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland die ihrer Industriellen. Herr Briand weint sehr, daß seine kapitalistischen Auftraggeber zu kurz kommen könnten und in Deutschland streiten sich die Politiker in den Zeitungen darüber, wer der bessere Mensch sei: Briand oder Snowden. Die Nationalisten bei uns sind für den Sozialisten Snowden, die Sozialdemokraten und Republikaner aller Sorten stimmen für den freundlichen Charakter Briands und haben schreckliche Angst, daß die Haager Konferenz ergebnislos enden könnte. Dann hätten wir, Gott behüte, einen Zustand, in dem weder der Dawes- noch der Youngplan Geltung hätte. Alles wäre in der Schwebe. Womit sollte man die weitere Ausplünderung der Arbeiter durch Erhöhung der Beiträge für Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitigem Abbau der Arbeitslosenunterstützung begründen? Womit endlich die eigene Existenz als glorreich regierende demokratische Obrigkeit? Begeisterung her! Erfolge her! Schon schwebt eine Regierungskrise über den Häuptern der Parteimüller, bei der uns unser Severing entschweben könnte.

Der Himmel hat ein Einsehen. Der „Graf Zeppelin“ (die Republik wird doch das Ding nicht ohne den Grafentitel in die Welt fahren lassen!) hat eine Begeisterung in jeder Brust entfacht, wie Alldeutschland sie seit Schmelings heroischer Zertrümmerung des Nasenbeins und des übrigen menschlichen Antlitzes seines italienischen Gegners nicht erlebt hat. Es ist festgestellt, daß das Luftschiff imstande ist, sich so schnell um den ganzen Erdkreis zu bewegen, und sich so lange in der Schwebe über Erde und Ozean zu halten, daß der an der ostsibirischen Grenze zur Zeit prälatierte, im Haag für großes Orchester komponierte nächste Weltkrieg mit einem ungeheuren Siege der deutschen geistigen Ueberlegenheit enden muß. Zwar werden sich die Zeppelins dann nicht im deutschen, sondern im amerikanischen Dienst an der Phosgenisierung des Erdballs beteiligen, aber es wird jedenfalls sehr rasch gehen, daß das USA.-Gift die Engländer, das japanische Gift die Russen, das Gift aller Welt die Anwohner des Hauptkriegsschauplatzes, die Norddeutschen, ausrotten wird. Herr Eckener, zur Zeit erster Nationalheld auf Widerruf, hat sich als großartiger Weltreisender der Reklameausstellung bewährt. Die Motorenwerke und Aluminiumfabriken sowie alle Lieferanten von Keks, Medikamenten gegen die See- und Luftkrankheit, Schnaps, Nachttöpfen und Krokodillen, die man an Bord hatte, sind völlig befriedigt von dem Erfolge der Weltfahrt, und die Zeitungen erst recht, die bei allem pazifistischen Schmalz in der Stimme in den Melodien von 1914 patriotisch kollern. Eckener macht jetzt auch deutsche republikanische Politik nach eigenem Geschmack. Während sich in Berlin

ein russischer Admiral von Hindenburg die revolutionäre Faust schütteln ließ und die Flotten der beiden Länder den Dampf ihrer Schornsteine liebevoll ineinander kräuseln ließen, vermied der Liebling der Deutschen von Hitler bis' Löbe auf der Fahrt über die europäisch-asiatischen Kriegsschauplätze ängstlich die russischen Hauptstädte. Er ist halt nicht für zu innige Freundschaft und hält die russisch-deutschen Beziehungen lieber vorerst in der Schwebe. Wenn der „Graf Zeppelin“ — oder wollen wir ihn nicht auch lieber unsern Zepp nennen? — aus der Schwebe über Erde und Ozean einmal alle Fragen lösen darf, die wegen Eisenbahnaktien oder Kriegsgewinn-Quotenverteilungen in der Schwebe sind, wird Allddeutschland erst merken, welches Glück die technischen Weltrekorde bedeuten.

Karl Henckell und Heinrich Zille

Karl Henckell, ein Vorkämpfer der Revolution, die das deutsche Proletariat in den 90er Jahren unterlassen hat, obwohl sie fällig war, ist jetzt gestorben. Der Revolution, die er erlebt hat, war er kein Kämpfer mehr. Dennoch sei sein Anteil an der Belebung des sozialen Gewissens auch der Zeitgenossen seiner späteren Jahre gern bestätigt. Gedichte, wie sie schon 1888 aus seinen „Amselrufen“ klangen und wie sie aus der 1891 erschienenen „Trutznachtigall“ schmetterten, verröcheln nicht in ein paar Jahrzehnten. Sie sind Bestand geworden des proletarischen Kulturgutes. Henckells „Buch der Freiheit“ die erste große Anthologie sozialer und revolutionärer Verse (1891), seine Vermittlung der großartigen sozialen Verskunst der Italienerin Ada Negri und sein anfeuerndes Wirken unter der literarischen Jugend vor 40 Jahren, der er klar machte, daß die Arbeiter mit ihrer Not die Nächsten sind zur Freiheit und darum die Nächsten beim Geiste, — das alles schützt seinen Namen vor Vergessenheit. Karl Henckell blieb Lyriker, nichts als Lyriker als er in reiferem Alter kam. Dann schrieb er schöne, stille Gedichte und hielt sich fern vom Tageskampf. Für uns, die wir ihm dankbar sind, weil er in unsern Herzen früh ein rotes Licht entflammt, soll der Karl Henckell lebendig bleiben, der den Steinklopfer singen ließ:

„Heut hab' ich Armer — noch nichts gegessen,
Der Allerbarmer — hat nichts gesandt;
Von gold'nem Weine — hab ich geträumet
Und klopfe Steine — fürs Vaterland.“

Heinrich Zille starb 6 Jahre älter als Karl Henckell und war doch wenigstens 20 Jahre jünger. Ganz Kind seiner Zeit war er zugleich ganz Vater ihrer Menschen. Ein großer Künstler, weil er ein ganz wahrhaftiger Künstler war; ein großer Mensch, weil er ein ganz reiner Mensch war; ein großer Geist, weil er ein ganz liebender und verstehender Geist war. Auch Revolutionär war Zille, ganz gewiß. Aber wer, wie das bei seinem Begräbnis versucht wurde, ihn für seine enge Programmweisheit in Anspruch nehmen will, der hat keine Ahnung von der Art seines revolutionären Denkens und Wirkens. Zille sah das Leiden mit den Augen großer und heilsichtiger Liebe und er gab es in seiner Kunst wieder mit völlig verstehender Liebe zu den Leidenden. Je tiefer Menschen leiden, um so mehr liebte Heinrich Zille sie, und darum war er Revolutionär. Denn man kann nicht leiden sehen, wo man liebt, ohne anzuklagen und zur Abhilfe aufzurufen. Heinrich Zille kannte nicht den Begriff der Sünde oder gar des Verbrechens bei armen Menschen. Sie, die die Nächte in der Palme verbringen oder auch auf öffentlichen Bänken; sie, die ihren Trost in

Kaschemmen und Bouillonkellern suchen und ihre großen Feste beim Rummel an der Luftschaukel feiern; sie, die ihre Kinder in armseligen Höfen sich selbst und der Neugier aufs Leben überlassen müssen, weil sie mit der Drehorgel auf dem Kinderwagen Kupferpfennige erbetteln gehn; sie, deren Mädel auf dem Strich gehen und die mal mit einem Einbruch nachhelfen müssen, um die Hochzeit finanzieren zu können, — sie alle waren die Nächsten des menschlichsten aller Künstler, des genialsten Künstlers unter allen lebensnahen Menschen. Ich sprach mit ihm über eine arme Familie, die unter Berufung auf ihn von mir Rat holen wollte in einer Rechtssache. Zille erzählte die Lebensumstände: die Mutter hatte vom Abtreiben gelebt und war nun gestorben, der Bruder saß wegen Diebstahls im Zuchthaus, der Freund wegen Zuhälterei. „Den Leuten ieh't's nich jut!“ — das war das Urteil, das Heinrich Zille zusammenfassend fällte. So frei von Moral war er, so einsichtig und nur erfüllt von dem Leide enterbter Menschen. Und die, denen es nicht gut geht, die liebte er und seine Liebe wurde zu den Zeichnungen des Elends, zu den Bildern, über die noch der Leidende lächeln durfte und lächeln sollte.

Die Stadt Berlin hat Zille ein Ehrenbegräbnis gestiftet. Sein heißer Wunsch im Alter war gewesen, aus seiner alten Proletarierwohnung im vierten Stock herunterziehen zu können. Mit einem Parterre-Atelier zu Lebzeiten wäre dem Künstler mehr gedient gewesen, als mit einem Leichengepränge, über das er geulkt hätte. Verstanden haben ihn weder die Honoratioren Berlins, noch die Parteisahberer aller Sorten, sondern außer wenigen Freunden die Getretenen des Staates und seiner Gerechtigkeit, die die Programmhüter — Heinrich Zille nannte sie mir gegenüber einmal die Revolutionäre mit den Bügelfalten — als Lumpenproletarier zu bezeichnen beliebten. Die haben ihm keine Reden ins Grab nachgerufen, aber ihnen, denen er Freund, Helfer und, was mehr ist, verstehender Kamerad war, laufen echte Tränen an den Backen herunter über seinen Tod als den Kulturhustern mit ihrer Leutseligkeit. Zille ist tot. In den Tiefen Berlins weinen Menschen, die noch wissen, was Trauer ist.

Der Kampf in Palästina

Erst nach Fertigstellung des Heftes kamen die ersten Nachrichten über die Kämpfe in Palästina zu uns. Die Ansiedlung jüdischer Kolonisten hat schon seit Jahren zu Zusammenstößen mit der arabischen Bevölkerung geführt, die sich in ihren älteren Rechten beeinträchtigt fühlt. Arthur Hohltscher hat darüber in einem sehr lehrreichen Buch erzählt, daß der Zustrom jüdischer Siedler, die mit sozialistischen und kommunistischen Tendenzen an ihre Pionierarbeit gingen, die eingessessenen jüdischen Kapitalisten in Jerusalem beunruhigt habe, die nun Ueberfälle benachbarter Beduinenstämme angezettelt, organisiert und finanziert hätten. Es war also eine klassische Widerlegung der deutsch- und jüdisch-völkischen Meinung, es gebe Rassengemeinschaften, die von Bluts wegen Kulturen bedingten und erhielten. Es gibt, solange die Klassen nicht beseitigt sind, nur Klasseninteressen. — Eine Beurteilung der augenblicklich tobenden schweren Kämpfe ist bis jetzt weder den Ursachen, noch der Entstehung nach möglich, und ich halte die bündige Erklärung der Kommunisten, es handle sich um Abwehrversuche der arabischen arbeitenden Schicht gegen einen von England unterstützten „jüdischen Faschismus“ für mindestens übereilt. Der Verlauf wird zeigen müssen, ob hier allgemeine soziale oder besondere nationale Gegensätze ausgetragen werden. Möge auf jeden Fall der britische Imperialismus der verlierende Teil sein.

Achtung !**Achtung !****FANAL-ABONNEMENT erneuern!!!****Mit diesem Heft schließt der 3. Jahrgang des FANAL.**

Die Erneuerung des Abonnements wird daher dringend in Erinnerung gebracht. — Einzahlungen auf Postscheck Erich Mühsam, Berlin 824 19. — Bezugsbedingungen wie bisher. (Näheres an der Spitze des Heftes.)

Die in der vorigen Nummer ergangene Bitte um freiwillige Spenden, um wieder die Herstellung eines **Sach- und Namenregisters** nebst einer **Einbanddecke** für den abgeschlossenen 3. Jahrgang zu ermöglichen, ist leider bis jetzt fast ohne Wirkung geblieben. Es ergeht daher noch einmal der Appell an die Leser, besonders an die Organisationen, durch Einzahlung einer einmaligen kleineren oder größeren Summe auf das oben angegebene Postscheckkonto dazu beizutragen, daß FANAL wieder die archivmäßige Abrundung erhalten kann wie in den Vorjahren.

Freunde!**Genossen!****Leser!**

Vollständig ist es auch im dritten Jahre des Bestehens unserer Monatsschrift noch nicht gelungen, FANAL aus seiner eigenen Werbekraft am Leben zu erhalten. Es mußten weitere Opfer gebracht werden, und die zur Ermöglichung der Herausgabe einer Broschüre im FANAL-Verlag aufgenommenen Schulden konnten nicht abgedeckt werden, weil die Erträge der Schrift zur Fortführung des Blattes herangezogen werden mußten. Dennoch ist ein dauerndes Ansteigen des Absatzes der Zeitschrift festzustellen. Der **4. Jahrgang** muß die Gewähr für das Weiterbestehen der einzigen deutschen anarchistischen Revue und für die Herausgabe anarchistischer Werbeschriften im eigenen Verlage schaffen. Darum:

**Unterstützt FANAL! Fordert Sammelisten an!
Zeichnet in die schon umlaufenden Listen! Helft dem Blatt!**

Werbt für FANAL!**Sorgt für seine Verbreitung! Vertreibt FANAL in Versammlungen!****Bezieht Bücher durch die Geschäftsstelle des FANAL!**

Sonntag, 8. September 1929
vormittags $\frac{1}{2}$, 12 Uhr

Sacco- Vanzetti- Feier

In der Piscator-Bühne
(Theater am Nollendorfplatz)

**Aufführung des Schauspiels
von ERICH MÜHSAM**

„Sacco und Vanzetti“
(Staatsräson)

Die Feler ist umrahmt von musikalischen Darbietungen. Erwin Piscator und Erich Mühsam werden Ansprachen halten.

Der gesamte Reinertrag wird an die Hinterbliebenen der Genossen Sacco und Vanzetti abgeführt. Aus diesem Grunde haben alle künstlerischen und technischen Mitarbeiter ihre Arbeitskraft unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Für die Mitglieder revolutionär-proletarischer Organisationen ist ein Einheitspreis von 0,75 M. für alle Plätze festgesetzt. Die Karten sind im Vorverkauf zu haben in der Buchhandlung Warschauer Str. 62, im Büro der Bauarbeiter, Kl. Präsidentenstr. 3 und in der Geschäftsstelle des FANAL.

Mit Rücksicht auf die politische Bedeutung dieser Vorstellung ist zu erwarten, daß jeder klassenbewußte Arbeiter seine Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer der amerikanischen Schandjustiz durch den Besuch zum Ausdruck bringt.

Kind und Elternhaus

**Ein antiautoritäres Erziehungsbuch
von B. Liber, New-York
(Vorzugs-Preis Mk. 2,25)**

Syndikalist, 25. 5. 29. „Dieses Buch behandelt in zahlreichen Kapiteln im erfreulich vorwärts gerichtetem Geist eine Menge Einzelfragen der neuen Erziehung, bringt auch eine „Aussprache“, an der sich Upton Sinclair beteiligt, fordert zum Denken auf und verschafft auf jeden Fall inneren und praktischen Gewinn für denkende Eltern.“

Gustav Landauer

Ein Lebensgang in Briefen
Rütten & Loening, Frankfurt a. M.

Brosch. 11,50 Mk., geb. 16,— Mk.

Weltbühne, Nr. 8. „Ein unendlich reiches Werk, eine Quelle der Leidenschaft, der Lebensmeisterung und Weisheit.“
(E. M.)

Erich Mühsam Sammlung

**Auswahl aus dem
dichterischen Werk 1898–1928**

**Gedichte, Novellen, Aufsätze,
Satiren, Anekdoten usw.**

Preis: Ganzleinen 8.— Mk., kartoniert 5,50 Mk.
(Schutzumschlag mit dem Bilde des Autors)



Zu beziehen durch jede Buchhandlung und durch die
Geschäftsstelle des FANAL. Abonnenten des FANAL
erhalten durch diese auf Wunsch Zahlungserleichterung